

sprünglich vorgesehenen Rüge der Bundesrepublik, der USA und Japans wegen besonders niedriger Leistungen.

Besonders dringend hatten die Entwicklungsländer Maßnahmen zur *Erleichterung des Technologietransfers* gefordert. Sie wiesen darauf hin, daß 75% der Weltbevölkerung nur über weniger als 5% des wissenschaftlichen und technischen Potentials verfügen. Die Behandlung dieser Fragen wurde UN-Sonderkonferenzen übertragen. Das Problem der Abwanderung von Fachkräften aus der Dritten Welt (Brain Drain) und der Entwicklung spezifischer Technologien für Entwicklungsländer soll zunächst Sonderstudien überlassen bleiben.

Die Entwicklungsländer verlangen seit langem eine stärkere Beteiligung an der Handelsschifffahrt. Über finanzielle und technische Hilfen für einen entsprechenden Flottenausbau und über eine Beteiligung am Massentransport zur See konnte keine Einigung erzielt werden. Nur die UN-Konvention über einen Verhaltenskodex der

Schiffseigner von 1974 kann nun bald in Kraft treten, da die Europäische Gemeinschaft ihren Beitritt in Aussicht gestellt hat.

Sofortprogramm

Positiv hervorzuheben ist lediglich der Beschluß über ein *Sofortprogramm für die am wenigsten entwickelten Länder*. Für die Zeit von 1979 bis 1981 ist eine massive Wirtschaftsunterstützung, die Förderung von Projekten, die auf die Befriedigung dringender sozialer Bedürfnisse zielen, und die Unterstützung größerer Entwicklungsanstrengungen vorgesehen. In den 80er Jahren sollen in diesen Ländern international anerkannte Minimum-Standards in der Ernährung, im Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Transport sowie bei der Ausbildung und Arbeitsplatzbeschaffung erreicht werden. Die Verdoppelung der Hilfe für diese Länder soll so schnell wie möglich erfolgen. Selbst dies ist wiederum eine Relativierung, denn ursprünglich war eine

Verdoppelung der Hilfe bis 1981 vorgesehen.

Die Industriestaaten haben keine wesentlichen Zugeständnisse in Manila gemacht. Es bleibt abzuwarten, ob die Enttäuschung der Entwicklungsländer zu einer stärkeren Zusammenarbeit untereinander führen wird.

Zur Eröffnung der UNCTAD V hatte Papst Johannes Paul II. in einer Botschaft an den UNCTAD-Generalsekretär Gamani Corea geschrieben: „Ich teile die Überzeugung, daß der Mut zu den konkreten Entscheidungen, die getroffen werden müssen, und die Inspiration für neue Ideen zur Meisterung der Zukunft von Menschen kommen werden, die sich stärker ihrer unübertrefflichen Würde, der kreativen Möglichkeiten ihres Geistes, der Kraft ihrer verschiedenen Kulturen und der mächtigen moralischen Dynamik bewußt werden, die sie dazu treibt, Gerechtigkeit, Frieden und brüderliche Zusammenarbeit zu suchen.“ Menschen mit solcher Inspiration und mit Mut zum Handeln fehlten bei UNCTAD V. M. S.

Entwicklungen

Das direkt gewählte Europäische Parlament

Eine neue Qualität im Integrationsprozeß?

Vom großen historischen Ereignis bis zur Spiegelfechterei politischer Ohnmacht erstreckt sich das Spektrum kommentierender Aussagen über die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments vom 7. und 10. Juni 1979. Selbstverständlich wird erst die Zukunft, gestaltet vom politischen Willen und Können der für die europäische Einigungspolitik nun unmittelbar legitimierten Volksvertreter, zeigen, in welche Richtung das Pendel schwingt. Aus der Entstehungsgeschichte des Direktwahlbeschlusses, aus dem Erbe des seit 1952 bestehenden parlamentarischen Gremiums im Rahmen der Gemeinschaftsorgane sowie aus den Wahlergebnissen lassen sich jedoch einige Schwerkräfte und künftig mögliche Entwicklungslinien ablesen.

Direktwahlkonzeption und ihre Verwirklichung

Zu Beginn der fünfziger Jahre haben die sechs Kernländer der Europäischen Gemeinschaft, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die Beneluxländer, den Weg der europäischen Integration aus den politischen Erfordernissen und Möglichkeiten des Augenblicks heraus mit der Bildung der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* begonnen. Einem technokratischen Lenkungsorgan, der Hohen Behörde, wurden grenzüberschreitende unmittelbare Entscheidungsbefugnisse über den Kohlebergbau und die Stahlindustrie übertragen. Den drei politischen Vorkämpfern dieses Projekts, Robert

Schuman, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi kam es auf den Versuch an, zu erproben, ob sich, die bisherige historische Schallmauer nationaler Souveränität durchbrechend, ein supranationales politisches Gremium autoritätsmäßig durchsetzen kann und ob dieses Experiment erweiterungsfähig ist. Hauptsächlich De Gasperi ging von der Annahme aus, daß grenzüberschreitendes politisches Durchsetzungsvermögen von der Einbindung der politischen Kräfte, wie sie sich im demokratischen Herrschaftssystem auf parlamentarischer Ebene artikulieren, abhängt. Er setzte deshalb eine „Gemeinsame Versammlung“ von damals 78 aus den nationalen Parlamenten benannten Abgeordneten durch. Aber schon im Montanunionvertrag wurde die Möglichkeit der Direktwahl rechtlich eröffnet mit dem klaren Ziel, durch einen solchen Wahlvorgang wichtige gesellschaftliche Kräfte, die politischen Parteien und die öffentliche Meinung auf den europäischen Einigungsprozeß hin zu orientieren.

Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und des schon von der „Gemeinsamen Versammlung“ erarbeiteten Verfassungsentwurfs einer „Politischen Union“ im Jahre 1954 wurden parlamentarisches Gremium und vertragliche Direktwahlmöglichkeit in den Vertrag über die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ übernommen. Da fast gleichzeitig mit Beginn der EWG im Jahre 1958 in Frankreich General *de Gaulle* zur Macht kam, wurde jede relevante Initiative zur Anwendung des Direktwahlartikels (EWG-Vertrag Art. 138, Abs.2) als unklug und zum Scheitern verurteilt angesehen. Erst das Ende der gaullistischen Ära in Frankreich durch die Wahl *Valerie Giscard d'Estaings* 1974 machte den Weg wieder frei, auf die demokratisch-parlamentarische Konzeption der Gründer des Integrationsprozesses zurückzukommen, in den inzwischen bekanntlich auch Großbritannien, Dänemark und Irland einbezogen waren.

Man ist versucht, Hegels Wort von der „List der Geschichte“ zur Deutung heranzuziehen, wenn man das Kommuniqué der Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Paris am 9. und 10. Dezember 1974 analysiert. Neben einer Reihe heute immer noch nicht durchgeführter allgemeiner Versprechungen, wie zum Beispiel „Verbesserung der Gemeinschaftsverfahren“, „Entwicklung neuer gemeinsamer Politiken“ sowie „Paß-Union“, heißt es in Punkt 12: „Die Regierungschefs haben festgestellt, daß das im Vertrag festgelegte Ziel allgemeiner Wahlen zum Europäischen Parlament so bald wie möglich durchgeführt werden sollte.“ List der Geschichte war es, daß im Bereich persönlicher Profilierung auf ihrem ersten europäischen Treffen sich Giscard von der nationalistischen Linie seiner Vorgänger *de Gaulle* und *Georges Pompidou* und der neue Bundeskanzler *Helmut Schmidt* gegenüber seinem ostpolitisch festgefahrenen Vorgänger *Willy Brandt* abheben mußten. Sinnvoll blieb für sie in dieser persönlichen Interessenlage nichts anderes übrig, als den Direktwahlversuch anzustreben. Denn, wie De Gasperi politisch richtig gesehen hatte, war es ohne Einbeziehung der gesellschaftlichen und politischen Kräfte in den Inte-

grationsprozeß der Technokratie und Bürokratie in Brüssel nicht gelungen, das für die Europäische Gemeinschaft Notwendige politisch möglich zu machen und sich durchzusetzen. Sie verfiel weitgehend in einen papierverarbeitenden Leerlauf.

So war gerade damals unter dem ersten Ansturm der nun zum Dauerphänomen werdenden Energieverknappung und -verteuerung das von Ministern und Funktionären immer wieder beschworene und technokratisch auch sachgerecht ausgearbeitete Projekt des Ausbaues der EWG zur vollen Wirtschafts- und Währungsunion wie Sand in der Hand zerbröselte. Über 800 teilweise sehr sachbezogene *Kommissionsvorschläge* vermoderten schon zu jenem Zeitpunkt unerledigt in den Schubladen des Ministerrats. Als letztentscheidendes Legislativorgan der Gemeinschaft konnte er aus zwingenden funktionellen Zusammenhängen einfach die politische Kraft zur Entscheidung nicht aufbringen. Jeder der neun Regierungsvertreter blieb ja und bleibt auch heute noch vollständig in das heimliche politische Kräftespiel der Parteien und Interessengruppen eingebunden. Und dieses Kräftespiel verläuft munter in nationalen Bahnen weiter, vom politischen Establishment jeweils auf den nächsten nationalen Wahlhorizont hin ausgerichtet. „List der Geschichte“ wäre es nun, dieses Kräftespiel zur Ermöglichung des europäisch Notwendigen auf einen gemeinsamen Wahlhorizont auszurichten. Stecken dazu Ansätze in den Wahlergebnissen des 10. Juni, und ermöglicht das Erbe des bisherigen transnationalen Parlamentarismus ihr Einbringen in politische Durchsetzbarkeit?

Die Wahlbeteiligung: Ein Akt staatsbürgerlich-demokratischer Einsicht

Die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments erfolgte noch *nach jeweils nationalen Wahlverfahren und Wahlgesetzen*. Trotz eindeutiger Vertragsvorschriften war es den politischen Kräften und Regierungen nicht gelungen, ein „einheitliches Verfahren in allen Mitgliedstaaten“ festzulegen. Zu eingefahren waren nationale Gewohnheiten, Traditionen und auch die Partikularinteressen und politische Kalkulationen der einen oder anderen Partei, um ein Herausdestillieren der politischen Kräfte unter rechtlich gleichen europäischen Gesichtspunkten sicherzustellen. So war es in Großbritannien aus Angst vor Rückwirkungen auf das innenpolitische Machtgefüge nicht möglich, auch nur Ansätze eines Verhältniswahlsystems einzuführen. Dadurch erhält die am meisten gemeinschaftsbezogene Partei, die Liberalen, mit 13,1% der Stimmen kein einziges Mandat. In der Bundesrepublik konzidierte der Bundestag den Unions-Parteien das System der verbundenen Landeslisten, damit sie ihren Streit um das jeweilige Überschreiten der bayerischen Grenze in Zügel halten konnten. In Frankreich lag die Einführung des Verhältniswahlsystems in der langfristigen Planung des Staatspräsidenten, die Sozialisten von den Kommuni-

sten so zu trennen, damit sie für seine politische Konzeption mehrheitsfähig werden usw.

So läßt sich für alle Länder, je verschieden stark, bei Wahlgesetzgebung und Wahlkampfführung ein *Überlappen nationaler Parteiinteressen und Machtkämpfe über europäische Zielsetzungen* feststellen. Insgesamt trug dieses politische Amalgam zu einer gewissen Verunsicherung der Wähler bei und vor allem zur Abgabe vieler ungültiger Stimmzettel (Frankreich 1,15 Millionen) und zu der überall im Vergleich zu nationalen Wahlen geringeren Wahlbeteiligung bei. Weitere Gründe für die schwach scheinende Wahlbeteiligung, die im Gemeinschaftsdurchschnitt ca. 61 Prozent betrug, dürften darin gesehen werden: Eine Personalisierung im Hinblick auf eine allgemein bekannte politische Persönlichkeit war nicht möglich. Auch die einfachen Schwarz-Weiß-Schemata – hier das absolut Gute, dort das absolut Böse – zur Primitivemotionalisierung wurden nur von den französischen Kommunisten versucht. Schließlich konnten auch nirgends konkrete materielle Illusionsversprechungen, wie Rentenerhöhungen, Steuersenkungen u. ä., von den Parteien in den Wahlkampf geworfen werden. Die von allen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien gemeinsam vertretene Zielsetzung der 35-Stunden-Woche wurde überall nur mit großer Vorsicht ins Gefecht geführt. Der Urnengang erforderte also dem Wähler ein ordentliches Quantum staatsbürgerlichen Mitdenkens ab und setzte die Fähigkeit zu einem auf Ideen ausgerichteten Politikverständnis voraus. Unter diesem Gesichtspunkt dürfte die Wahlbeteiligung kaum als unbefriedigend bezeichnet werden. Vielmehr läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß die gesellschaftlichen Kräfte, die nicht oberflächliches Interessen- und Machtgerangel, sondern die politisch-ethische Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses ins Spiel gebracht haben, wie etwa die europäischen Bischofskonferenzen oder der Rat der EKD, ein gewisses Gehör gefunden haben und daß die von ihnen ansprechbaren Kreise stärker zur Wahl gegangen sind als der emotional hochgeblasene Flugsand. Werden die Abgeordneten sich dessen zu erinnern wissen und diese Impulse für Europa weitergeben?

Die Ergebnisse in den einzelnen Ländern

Diese allgemeinen Feststellungen müssen jedoch von Land zu Land differenziert werden; denn in einer sich über Jahrhunderte erstreckenden dialektischen Entwicklung von europäisch einheitlichen und gegenläufigen Kollektiv-erlebnissen haben sich in den nationalen Gesellschaften sehr verschiedenartige politische Denk- und Verhaltensweisen herausgebildet, die sich nur langsam aufeinander einspielen werden.

In *Belgien* sagt eine Wahlbeteiligung von 91% nicht viel aus, da das Fernbleiben von der Urne mit einer empfindlichen Geldstrafe geahndet wird. Keine Partei, unter Aus-

nahme der Kommunisten mit 2,6% der Stimmen, betrieb eine gegen die Gemeinschaft gerichtete Propaganda. Allerdings kam die schon im Wahlgesetz präjudizierte Auseinanderentwicklung von Flamen und Wallonen auch beim Wahlergebnis stark zum Ausdruck. In Wallonien büßten die Regierungsparteien, Christdemokraten und Sozialisten zugunsten von Liberalen und französischen Sprachparteien Stimmen ein. In Flandern dagegen machten die Christdemokraten einen großen Sprung nach vorn und drückten die Sprachpartei „Volksunie“ fast aus dem Parlament. Hervorzuheben im Hinblick auf mögliche menschlich-politische Qualitäten des künftigen Parlaments ist die Tatsache, daß der Spitzenkandidat der flämischen Christdemokraten und Vorsitzende der Europäischen Volkspartei Leo Tindemans durch die Vergabe von fast einer Million Vorzugsstimmen geradezu plebiszitär nach vorne gebracht wurde. Die 24 belgischen Mandate verteilen sich auf 10 Christdemokraten, 7 Sozialisten, 4 Liberale, 2 wallonische und 1 flämischen Sprachpartei.

Die *dänische* Wahlbeteiligung mit nur 47% läßt deutlich auf die Desorientiertheit der dänischen Bevölkerung gegenüber dem europäischen Integrationsprozeß schließen, obwohl sie mit der von den Kommunisten apparatmäßig beherrschten „Volksbewegung für den Austritt aus der EG“ alternative Wahlmöglichkeiten hatte. Diese fing sehr geschickt alle Angstgefühle, zu einer Art kleiner Nordprovinz herabgedrückt zu werden, alle antideutschen Ressentiments und alle romantisch-skandinavischen Zusammengehörigkeitsgefühle auf. Auch alle Schwierigkeiten, die mit dem weltweiten Ende des unbegrenzten Wirtschaftswachstums verbunden sind, wurden selbstverständlich der Europäischen Gemeinschaft angelastet. Damit schaffte die Volksbewegung 21% der abgegebenen Stimmen. Als die großen Verlierer dürfen die Sozialisten bezeichnet werden. Als führende Regierungspartei wußten sie natürlich genau, daß es überhaupt kein Zurück für Dänemarks Wirtschaft aus der EG gibt. Ihre Liste setzten sie aber sorgfältig aus Befürwortern des Status quo (aber keinen Schritt weiter auf dem Weg der Integration) und aus ausgesprochenen Gemeinschaftsgegnern zusammen. Entsprechend nichtssagend war auch ihre Wahlkampagne. Die Quittung war der Rückgang von 31,1 auf 21,9% der Stimmen im Vergleich zur letzten nationalen Wahl. Ähnlich ging es der „Fortschrittspartei“ des Steuerrebellens Glistrup, die von 14,5 auf 5,8% fiel. Die klaren proeuropäischen Aussagen der Listenverbindung der Mitte von Konservativen, Liberalen und Fortschrittspartei hob als Alternative deren Anteil von 26,9 auf 34,7% an. Die 15 dänischen Mandate verteilen sich auf 4 Vertreter der Volksbewegung, zu denen der grönländische Abgeordnete, ein weltgewandter, vielsprachiger evangelischer Pastor, sowie ein Linkssozialist stoßen dürften, 6 Vertreter der bürgerlichen Mitte und 3 Sozialisten.

Der *französische* Wahlkampf dürfte wohl am stärksten von nationalen Machtquerelen überlagert gewesen und von den Pariser Parteihauptquartieren als Ausgangspoi-

tion für die Präsidentschaftswahl 1981 betrachtet worden sein. Ideologisch stimmte Michel Debré, den der neogaullistische Parteiführer Jacques Chirac für seinen Machtkampf um eine gute Ausgangsposition für die Präsidentschaftswahl gegen Giscard zu benutzen gedachte, den europäischen Grundton aller Parteien an, indem er unaufhörlich von der Unaufgebbarkeit nationaler Souveränität redete. Er erreichte damit, daß das gesamte politische Establishment es unterließ, diesen Begriff als eine Abstraktion zu entlarven, mit dem sich keines der Existenzprobleme der interdependenten Welt und vor allem des europäischen Integrationskomplexes von heute mehr lösen läßt. Für ihre eigene Partei erreichten Debré und Chirac bei ihren bis zum Exzeß getriebenen Widersprüchen auf allen Gebieten und bei ihrem emotionalen Aufheizen vor allem antideutscher Ressentiments den Verlust von 3,2 Millionen Wählerstimmen im Vergleich zu den Parlamentswahlen vom März 1958 und das Absinken der Gaullisten vom ersten auf den letzten Platz der vier großen politischen Tendenzen Frankreichs mit 16,2% der Stimmen. Ihr innenpolitisches Kalkül ging nicht auf. Die auf der den Staatspräsidenten unterstützende Liste zusammengefaßten Liberalen und versprengte Reste der christlichen Demokraten kamen vor allem durch ihre Treuebekennnisse zu Giscard auf den ersten Platz mit 27,5%, wagten es jedoch nicht, trotz stiller Trotzreaktionen mancher Christdemokraten, Innovationsideen für den europäischen Einigungsprozeß in die Wahlauseinandersetzung zu werfen. Das von Debré errichtete Tabu der nationalen Souveränität ersparte auch dem Sozialistenführer François Mitterrand, Farbe zu bekennen. Denn er steht einer Partei vor, die von einem europaaufgeschlossenen sozialdemokratischen Flügel bis zu streng marxistischen und kryptokommunistischen Gruppen reicht. Jede klare Stellungnahme zu einem Sachproblem hat hier Sprengwirkung. So richtete er scharfe polemische Angriffe auf die nationale Wirtschaftspolitik und streifte Europa nur mit literarischen Formulierungen wie „die Notwendigkeit der Schaffung eines Europa der Arbeitnehmerschaft“, „Europa wird sozialistisch sein, oder es wird nicht sein“ usw. Damit konnte er den ersten Platz auf der Linken mit 23,5% gegenüber den ihn hart bedrängenden Kommunisten halten. Diese erhielten in voller ideologischer Abkapselung und mit bemerkenswerter organisatorischer Disziplin genau ihre 20,6% der Stimmen wieder. Im emotionalen Bereich spielten sie oft auf derselben Klaviatur wie Debré. Als das entscheidende Ergebnis der Wahl in Frankreich wird die Niederlage Chiracs und die Stabilisierung der Kommunisten unterhalb des sozialistischen Wählerpotentials gewertet. Giscardisten und Sozialisten könnten durch die Verminderung der gaullistischen und kommunistischen Hypothek im Laufe der Zeit innenpolitisch und europapolitisch ein bißchen etwas Neues einfallen. Das Wahlergebnis führte bei einer Wahlbeteiligung von 61,3% zu einer Mandatsverteilung von 25 Anhängern Giscard, die sich in Straßburg auf die christlich-demokratische und liberale Fraktion verteilen dürften, auf 22 Sozialisten, 19 Kommunisten und 15 Gaullisten.

Das Ergebnis in *Großbritannien* frappt durch eine Wahlbeteiligung von nur wenig mehr als 30%. Da die Kommunisten hier über keine organisatorische Stoßkraft wie in Dänemark verfügen, konnten sie keine gleichlaufende „Volksbewegung“ organisieren. Der Labourparty war dies auch nicht möglich, weil sie fünf Wochen vor der Wahl noch die Regierungsverantwortung getragen hatte. So reagierte sich das Unverständnis und die Aversion der britischen Bürger gegen das auf dem Kontinent organisierte Europa in dieser massiven Wahlenthaltung – am 3. Mai waren noch 76% der Stimmberechtigten zur Wahl gegangen – und in einer starken Niederlage für Labour ab. Durch ähnliche Doppeldeutigkeiten wie die dänischen Sozialisten hatten sie diese geradezu hervorgerufen. In der Regierung spielten sie in Europa mit, allerdings in dem, was sie als Verteidigung britischer Interessen betrachteten, die Spielregeln des Vertrages fast bis zur Unerträglichkeit belastend und jede neue Initiative sabotierend. Der Parteiapparat war dagegen propagandistisch dauernd damit beschäftigt, das eigene Regierungsversagen, alle Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten und die recht tiefgehenden Anpassungsschwierigkeiten der britischen Gesellschaft an ein Leistungsgefüge, dem keine Differentialrente aus Kolonialbesitz mehr zufließt, auf die Europäische Gemeinschaft als Sündenbock abzuladen. Daß ein solches Verhalten die Wähler verwirrt, dürfte eher positiv gewertet werden. Bei den Konservativen setzten sich bei der Kandidatennominierung in den 78 Großwahlkreisen überall die gemäßigt proeuropäischen Elemente durch, die zumindest eine innere Kohärenz ihres politischen Verhaltens aufzuweisen hatten, es natürlich aber nirgends unterließen, darauf hinzuweisen, daß sie vordringlich zur Verteidigung britischer Interessen nach Straßburg gingen. Aus dieser Auseinandersetzung gingen mit 50,6% 60 Konservative, mit 33% 17 Sozialisten, mit 13,1% kein Liberaler, mit 1,9% eine schottische Nationalistin entsprechend dem britischen Mehrheitswahlsystem hervor.

In *Nordirland* wurden die drei Sitze nach dem Verhältniswahlsystem verteilt, das dem militanten protestantischen Pastor *Ian Paisley*, einem gemäßigten Protestanten und einem katholischen Sozialdemokraten je einen Sitz bescherte.

Irland, dessen Bevölkerung stimmungsmäßig der Gemeinschaft seit je zuneigte, wurde durch seinen Beitritt eigentlich erst in den Sog der Entwicklung zur modernen Industriegesellschaft hineingezogen. Für die Bevölkerung spürbare Störelemente, eine starke Teuerungsrate und Benzinverknappung traten gerade während der Wahlvorbereitung auf. Sie führten bei einer Wahlbeteiligung von 63,6% und entsprechend den Möglichkeiten eines komplizierten Präferenzstimmensystems zu einem vom Parteienestablishment nicht erwarteten Schuß vor den Bug. Die konservative Regierungspartei *Fianna Fail* muß sich statt mit den erwarteten acht mit nur fünf Mandaten zufriedengeben, die den christlichen Demokraten nahestehende *Fine Gael* statt sechs mit fünf. Dagegen steigerte mit vier statt zwei erwarteter Mandate die kleine sozialistische

Partei ihren Anteil. Schließlich machten zwei Unabhängige das Rennen.

Italien überraschte, genau eine Woche nach den nationalen Parlamentswahlen, mit einer Wahlbeteiligung von 85,5%. Formal besteht zwar die Wahlpflicht, deren Sanktionsmöglichkeiten jedoch auf italienisch nie so hart gehandhabt werden. Die Offenheit der italienischen Bevölkerung für Europa und die heutige positive Ausgerichtetheit aller Parteien von den Neofaschisten bis zu den Kommunisten auf Mitarbeit in der Europäischen Gemeinschaft ist ein Erbe aus der De Gasperi-Ära. Keine Partei könnte es sich leisten, mit antieuropäischen Parolen auf Stimmenfang zu gehen. Wahltraditionen und Wahlgesetz des Landes bringen es mit sich, daß der Wähler durch Präferenzstimmen seine Kandidaten durch Vorzugsstimmen gegenüber den Listenfestlegungen durch die Parteien zur Geltung bringen kann. So wurde der noch amtierende Präsident des Europäischen Parlaments, *Emilio Colombo*, mit 800000 Vorzugsstimmen noch vor den innenpolitischen Matadoren *Benigno Zaccagnini*, Generalsekretär der Christdemokraten, und *Enrico Berlinguer*, Generalsekretär der Kommunisten, die formal auch kandidierten, geradezu plebiszitär gewählt. Das Wahlsystem begünstigt, selbst bei der Europawahl, die kleinen Parteien. So wird das italienische Abgeordnetenkontingent einige bunte Farbtupfer einbringen. Insgesamt unterscheidet sich das Kräfteverhältnis gegenüber den eine Woche zuvor erfolgten nationalen Wahlen durch Verluste der DC und in geringerem Maße der KPI und durch eine geringe Zunahme der Sozialisten und der kleinen laizistischen Parteien. Von den politischen Beobachtern wird sie dahingehend interpretiert, daß der Wähler ihnen Mut machen wollte, ein Regierungsbündnis mit den Christdemokraten einzugehen. Die Mandatsverteilung ergibt 29 Christdemokraten und einen Vertreter der Südtiroler Volkspartei, 24 Kommunisten (darunter 1 Südtiroler), neun Sozialisten, 4 Sozialdemokraten, drei linksliberale Republikaner, 3 Rechtsliberale, 4 Neofaschisten. Fünf Abgeordnete aus drei Splitterparteien werden radikal-demokratische, anarchistische oder ökologische Themen zum Inhalt ihre Mandats zu machen versuchen.

Das Ergebnis der *luxemburgischen* Europawahl, die mit einer nationalen Parlamentswahl zusammengelegt worden war, ist durch eine schwere Niederlage der Sozialisten und einen unerwartet hohen Erfolg der Christdemokraten gekennzeichnet. Sie werden mit drei, die Liberalen mit zwei und die Sozialisten mit einem Abgeordneten vertreten sein.

Die früher als europäisches Musterland geltenden *Niederlande* überraschten mit der geringen Wahlbeteiligung von 57,8%. Der Wahlkampf war kaum durch nationales Krätemessen überlagert geführt worden. Anscheinend lag den ideologisch-idealistisch immer etwas angehauchten Holländern der derzeitige nüchterne Pragmatismus der Gemeinschaftspolitik nicht besonders, vor allem nicht dem sozialistischen Wählerpotential, das 1,1 Millionen Stim-

men weniger als 1977 abgab. Dadurch wurden die Christdemokraten, die nur 600000 Stimmen einbüßten, zur stärksten Kraft und ziehen mit zehn Abgeordneten ein, während sich die Sozialisten mit neun begnügen müssen. Dazu kommen vier Rechts- und zwei Linksliberale. Schließlich war auch in der *Bundesrepublik* die europäische Auseinandersetzung kaum von nationalen Machtkämpfen überlagert. Den Parteien wurde der Vorwurf gemacht, den Wahlkampf matt geführt zu haben, aber Institutionen, Massenmedien und Verbände haben in einem beachtenswerten Einsatz Sinn und Bedeutung der Direktwahl propagiert und damit die Wahlbeteiligung von 65,9% zuwege gebracht, die zweifellos von staatsbürgerlich-demokratischem Verantwortungsbewußtsein getragen gewesen sein dürfte. Daß das Ergebnis für die CDU/CSU mit 49,2% zu Buche schlug, hängt damit zusammen, daß aus der ganzen Geschichte her die Partei Adenauers einfach die Europapartei ist. Die SPD konnte selbst mit *Willy Brandt* als Spitzenkandidat nicht einmal alle ihre Stammwähler mobilisieren, und ihr Europaprogramm von Köln wies doch zu wenig ideologische Stromlinienprogressivität auf, um ihre Randwählerschichten an die Urnen zu bringen. So kam die CDU/CSU auf 42, die SPD auf 35 und die F.D.P. auf vier Mandate.

Der politische Start

Die endgültige *Zusammensetzung der transnationalen Fraktionen* wird sich nicht vor der konstituierenden Sitzung am 17. Juli entscheiden. Die Fraktionsbildungen stammen noch aus der Zeit europäischen Überschwangs in den frühen fünfziger Jahren. Sie haben sich als Arbeits- und Integrationsinstrumente im bisherigen Parlament bewährt und dürften auch Zukunft haben. Aber erst die konstituierende Sitzung wird die individuelle Entscheidung und Willenserklärung jedes Abgeordneten bringen, so zum Beispiel wer von den französischen Giscardisten (UDF) sich für die christlich-demokratische und wer für die liberale Fraktion entscheidet, wer von den Linksliberalen aus Holland und Italien zu den Sozialisten oder zu den Liberalen geht, ob die irische Fianna Fail bei den Gaullisten bleibt oder sich den Liberalen anschließt. Fest steht nur, daß das neue Parlament keine sozialistische Mehrheit hat. Im Einzugsbereich der *Sozialisten* liegen an die 110 Abgeordnete, im Einzugsbereich der *Kommunisten* 44, in dem der extremen Linken fünf.

Für die *Christdemokraten* sind etwa 105–110 Abgeordnete ansprechbar, für die *Liberalen* 40, während die *Konservativen* mit 60 Briten und drei Dänen derzeit die sicherste Größe sein dürften. Daraus ergibt sich eine nichtsozialistische Mitte von 208–213 Mandaten von insgesamt 410. Der Rest dürfte nach rechts hin Fraktionsbildungen versuchen oder unter verschiedenen Etiketten fraktionslos bleiben.

Das bisherige Parlament hinterläßt ein weiter zu gestaltendes Erbe. Es hat sich als fleißiges Ausschußparlament ohne große Beachtung durch die Öffentlichkeit durch Vertrags-

änderung Haushaltsrechte und durch Gewohnheitsrecht eine beachtliche Kontrollfunktion gegenüber Kommission und Rat erkämpft. Legislativbefugnisse und das Investitionsrecht für die Kommission fehlen ihm. Es kann sie nur durch Vertragsänderung erreichen, die von den Regierungen akzeptiert und von den nationalen Parlamenten der neun Mitgliedstaaten ratifiziert werden müssen. Um das durchzusetzen, braucht dieses Parlament politisches Gewicht. Das kann es nur erreichen, wenn es geschickt zwei Funktionen wahrnimmt, die als die Transmissions- und Artikulationsfunktionen bezeichnet werden. *Transmissionsfunktion* ist das Aufgreifen der Anliegen der vielfältigen Gruppen und Verbände unserer Gesellschaft und ihr Einbringen in einen für alle tragbaren Kompromiß, da einseitige Machtlösungen im europäischen Kräftespiel nicht

möglich sind. Die *Artikulationsfunktion* besteht darin, Erwartungen und Befürchtungen der Gesellschaft etwa um Umwelterhaltung, Energieversorgung, Sicherheit, Zielsetzung Europas in der Welt aufzugreifen und in politisch mögliche Lösungen zu übersetzen. Über die volle Ausschöpfung der Kontroll- und Haushaltsrechte können beide Funktionen ins Räderwerk der politischen Willensbildung bei Kommission und Rat eingeführt werden. Die Schubkraft für einen solchen neuen Start, der dem Anliegen der Gründer der Gemeinschaft entspricht, besteht darin, daß die direkt gewählten Abgeordneten für die zweite Wahl ihre Existenzberechtigung vor den Wählern begründen müssen. 110 Millionen Wähler in Europa haben ihnen nur einen Vertrauensvorschuß gegeben.

Adolf Kohler

Interview

Besinnung auf den „menschlichen Faktor“

Ein Gespräch mit Professor Aurelio Peccei

Ernst und eine neue Zuversicht kennzeichnen den Grundtenor des jüngsten Berichtes an den Club of Rome über das „Neue Lernen“, der vom 5. bis 8. Juni 1979 von rund 120 Experten aus 46 Ländern, darunter auch eine Reihe namhafter Wissenschaftler aus den kommunistischen Staaten und aus der Dritten Welt, in der Salzburger Residenz diskutiert wurde. Die Tagung fand in der gesamten Weltöffentlichkeit große Beachtung, und der Club of Rome erhofft sich von ihr ein ähnlich starkes Echo, wie es seinerzeit durch die Studie über „Die Grenzen des Wachstums“ ausgelöst wurde. Über die Tendenz der neuen Studie sowie über die grundsätzliche Ausrichtung des Club of Rome sprachen wir mit dessen Präsidenten, Prof. Aurelio Peccei (Rom). Gesprächspartner für die Redaktion war Gerhard Ruis (Salzburg).

HK: Herr Professor Peccei, die früheren Berichte des Club of Rome beschäftigten sich vorwiegend mit der Antizipation objektiver Entwicklungstrends, wie z. B. der Bevölkerungsexplosion, der Verknappung der Rohstoffe, der fortschreitenden Umweltzerstörung und der Energiekrise, also mit materiellen Fragen der Zukunftssicherung. In der jetzigen Publikation steht viel stärker der Mensch im Mittelpunkt. Warum diese Wende bzw. diese Neubewertung des „menschlichen Faktors“?

Peccei: Eigentlich kann man von einer Wende nicht sprechen. Tatsache ist, daß die früheren Berichte den eher ma-

teriellen Aspekten des Lebens gewidmet waren. Diese Berichte untersuchten bestimmte Einrichtungen und Ziele des menschlichen Handelns, der neueste Bericht befaßt sich mit dem Menschen selbst. Wir glaubten von allem Anfang an, daß die sehr schwierige Lage, in der sich der Mensch heute befindet, eine Folge der menschlichen Mängel von heute ist; daß der Mensch mit der Lage, die er selber herbeigeführt hat, noch nicht fertig geworden ist. Noch weniger vermag er die weiteren Folgen seines Handelns für die Zukunft vorauszusehen. Daher dachten wir, es wäre nun logisch, jetzt den Menschen selbst in den Mittelpunkt dieses Berichtes zu stellen, obwohl dies von uns ganz große Anstrengungen verlangt. Unser Hauptziel ist zu verstehen, warum wir gerade auf dem Höhepunkt der menschlichen Entwicklung mit so vielen schwierigen und scheinbar unlösbaren Problemen konfrontiert sind.

HK: Der neue Bericht trägt den nur schwer übersetzbaren Titel „The Human Gap“. In freier Formulierung heißt das etwa „die menschliche Kluft“. Was ist damit eigentlich gemeint?

Peccei: Unsere Generation hat große und mächtige Technologien hervorgebracht, die die Natur, unsere Umwelt, unsere Gesellschaft, ja den Menschen selber grundlegend verändert haben. Unsere kulturelle Entwicklung hat sich jedoch keineswegs in dem Maße vollzogen, daß sie mit dieser neuen Wirklichkeit Schritt halten kann. Durch uns ist die Welt anders geworden, aber wir selber haben uns